

Anrede,

Um es gleich zu sagen: wir begrüßen diese Forschung ausdrücklich! Im Bereich Freie Wohlfahrtspflege (FW) und Engagement stehen nach wie vor wenig valide Daten zur Verfügung. Es gibt wenig Konsolidierung sondern viele punktuelle Ansätze. Lücken füllen und Bearbeitung systematisieren ist in jedem Fall **verdienstvoll!** Dafür danken wir! Die FW würde sich auch gern stärker mit der Zivilgesellschaftsforschung verzahnen.

Die FW ist ein traditioneller Anbieter von Möglichkeiten, sich im sozialen Bereich zu engagieren. Die Einbindung von Freiwilligen und Engagierten in die soziale Arbeit gehört zum Markenkern der FW. Unsere eigenen Angaben gehen von 2,5 – 3 Mio. Engagierten aus. Schon die Erhebung nur der Zahl der Engagierten stößt in den vielfältigen Strukturen der FW auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten, wenn wir dies selbst machen. Wobei das eigentlich Interessante natürlich erst dann überhaupt anfängt.

Insofern ist weitere Forschung wünschenswert und notwendig.

Ad-hoc-Anmerkungen zum Vortrag Dr. Holger Krimmer / Jana Priemer und zum Kommentar von Prof. Dr. Jürgen Schupp: Aus der verstärkten Beschäftigung mit Fragen der Integration, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit gerne auf die Moscheegemeinden als Orte des Engagements lenken. Sind diese bereits Gegenstand der Untersuchung in Ihrer Studie? Die Vermischung von religiösen und sozialen Angeboten erscheint uns hier als schwieriges Abgrenzungsproblem. Vielleicht können wir das ja gemeinsam beim „Thementisch Migratenorganisationen“ besprechen.

I

Gibt es auf der Ebene der empirischen Untersuchung Erkenntnisse, die uns echt überraschen? Nein. Sie bewegt sich im Rahmen des Erwarteten und des Bekannten. Das korrespondiert auch mit den Erkenntnissen und Schlussfolgerungen des 2. Engagementberichts. So ist zu konstatieren:

- Die **Formen des Engagements wandeln sich**: typisch sind eher kurze Befristungen, Nachhaltigkeit spielt eine größere Rolle als früher, Tätigkeiten, die direkt mit

der Mission des Engagements zusammenhängen werden präferiert. Hier für die FW von besonderer Relevanz: Soziales Engagement findet auch außerhalb der traditionellen Angebote statt. Wer hier und jetzt und sofort helfen möchte, der braucht keine Warteschleifen, Erste-Hilfe-Kurse und Hierarchien, der möchte sofort starten. Das hat sich vor allem in Bezug auf die akuten Herausforderungen in der Flüchtlingskrise gezeigt. Fraglich ist, wie stabil solche Gruppen und solches Engagement sind. Das es gleichzeitig gerade die Sozialen Dienste sind, die die Zahl der Freiwilligen erhöhen konnten (S. 18), könnte ein Hinweis sein, dass sich dieses Engagement mit zunehmendem Zeitablauf in die eher traditionellen Bahnen kanalisiert oder auch ein Zeichen sein, dass die traditionellen Anbieter zunehmend Angebote machen, die für die neuen Zielgruppen interessant sind.

- **Akteure wandeln sich:** etwa durch den BFD und die Einbeziehung Älterer, aber auch durch eine größere ethnische Vielfalt. Die Gruppen und Strukturen werden pluraler, der Prozess der strukturellen Ausdifferenzierung als der Prozess der Moderne macht auch vor der Zivilgesellschaft nicht halt.
- Und Schließlich: **Zielgruppen und Inhalte des Engagements wandeln sich:** etwa Aktivitäten zur „digitalen Inklusion“ kommen neu hinzu und das Thema Integration spielt eine deutlich wichtigere Rolle als früher. Wir wissen alle warum das so ist.
- Die Studie identifiziert **Junge Handlungsfelder** neben „Internationaler Solidarität“, „Bürger- und Verbraucherinteressen“, „Umwelt“ auch „Bildung und Erziehung“ – hier geht es um Reaktionen auf Defizite von Politik. Einerseits soll Staatsversagen kompensiert werden andererseits geht es um alternative Handlungsansätze. Im Hinblick auf den Bildungsbereich eine beschämende Tatsache. Hier gibt es auch die meisten Fördervereine, als Geldsammelstellen. Was sie aber - und das war für mich eine interessante Erkenntnis - nicht nur sind!

II

Insgesamt sind die Befunde **Ausdruck einer vitalen und vielfältigen Zivilgesellschaft**. Wirkliche Alarmzeichen, dass diese gefährdet sein könnte, sind nicht unmittel-

bar erkennbar. Sicherlich, hier und dort gibt es Defizite und Herausforderungen aber wo gibt es die nicht? Man gewinnt den Eindruck, es sind Klagen auf sehr hohem Niveau.

Im Gegenteil: Das Engagement hat gerade im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre einen **Höhenflug** erlebt, der selbst Optimisten überrascht hat.

Gleichwohl muss diese Pflanze gehegt und gepflegt werden. Das sie blüht und gedeiht ist keine Selbstverständlichkeit.

Insofern sind die interessanten Fragen für uns eher die verbandlichen und politischen Schlussfolgerungen, die zu ziehen sind, um Existenz und Wachstum der Zivilgesellschaft und des Engagements auch für die Zukunft zu sichern.

III

Bevor ich mich diesen zuwende, noch eine **kleine Anmerkung zu einer konkreten Feststellung** in der Studie: (S. 21) Typenbildung: Dienstleistungsorientierte Organisationen: „Weder ein gemeinschaftlich-soziales noch ein politisches Selbstverständnis spielen für sie eine relevante Rolle. Organisationen dieses Typs sind vor allem in den sozialstaatlichen Handlungsfeldern Soziale Dienste, Gesundheit sowie Bildung und Erziehung anzutreffen.“

Auch wenn es nur 13 % sind hat mich diese Aussage dann doch überrascht. Nach meiner Einschätzung verstehen sich die Einrichtungen der FW immer auch ein Stück weit – wie weit, das mag variieren – als Anwalt der Betroffenen, um deren Wohlergehen sie sich bemühen. In den letzten Jahren kommt eine zunehmende Sozialraumorientierung hinzu, in der sich die Einrichtungen und Dienste genau als Teil einer sozialen Gemeinschaft definieren und gemeinsam mit anderen Akteuren im Sozialraum diesen gestalten wollen. Darüber hinaus gibt es sicher aber auch so etwas wie eine Arbeitsteilung im Hinblick auf die Wahrnehmung politischer Interessen: Die Anbieter sozialer Dienste, die meist als Vereine, zunehmend auch als gGmbHs organisiert sind, sind Teil

einer verbandlichen Struktur, die u.a. die Aufgabe hat – sei es auf Kreis- oder Stadtebene, sei es auf Landesebene, sei es auf Bundesebene – politische Interessen zu artikulieren und wenn möglich durchzusetzen.

Das würde auch besser zu dem weiteren Befund passen, dass es in Deutschland keine Bewegung „From Voice to Service“ gegeben hat, wie sie für die skandinavischen Länder offensichtlich zu beobachten ist.

Von daher würde mich in der nächsten Studie eine Vertiefung dieses Aspektes interessieren.

IV

Zu den Schlussfolgerungen – und jetzt spreche ich nur für die Bundesebene.

Ich möchte gerne zu 5 Aspekten etwas sagen: Demokratie, Inklusion, Instrumentalisierung, Finanzierung und Bürokratie.

- **Demokratie**

Demokratie ist eine Frage von Strukturen. Das Grundgesetz beschreibt diese Strukturen. Gelebt wird Demokratie in der Zivilgesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unentbehrliche Grundlage des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und andere, das Mitgestalten der Demokratie und das solidarische Miteinander in der gegenseitigen Sorge füreinander bilden einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Kohäsion.

Dies bedeutet Engagementpolitik als eine Politik zur Stärkung von Demokratie und sozialem Zusammenhalt auszurichten. Es bedarf umfassender und kontinuierlicher Bundesprogramme und einer abgestimmten Engagementstrategie zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Insofern volle Zustimmung zu der Schlußfolgerung, die Kooperationskompetenz zu steigern. In einer demokratiefördernden Engagementpolitik muss außerdem Bürgerschaftliches Engagement in Europa eine wichtige

Rolle spielen, denn die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist mehr denn je eine gesamteuropäische Aufgabe.

- **Inklusion**

Soziale Ungleichheit ist ein wesentliches Hemmnis für Bürgerschaftliches Engagement.

Die Beteiligung am Engagement unterscheidet sich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutlich. Dies betrifft Männer und Frauen, junge und ältere Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit oder ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Besonders gravierend wird der Einfluss sozialer Ungleichheit auf das Engagementverhalten sichtbar. Je niedriger das Einkommen und das Bildungsniveau sind und je länger Menschen in Armut und Arbeitslosigkeit leben, umso seltener engagieren sie sich.

Bürgerschaftliches Engagement muss und kann seinen Beitrag dazu leisten, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und soziale Ungleichheit abzubauen. Mit dem Ziel der Inklusion muss es allen Menschen offen stehen.

Engagementpolitik ist im Sinne eines Rechts auf Engagement, wie es auch 2016 in der Engagementstrategie des BMFSFJ formuliert wurde, künftig stärker entsprechend auszurichten, aufzuwerten und fortzuentwickeln. Dies gilt für alle Formen des Bürgerschaftlichen Engagements und im Sinne der Fortentwicklung auch für die geregelten In- und Auslandsfreiwilligendienste als Bildungs- und Orientierungszeiten.

Die Einbindung unterschiedlichster Zielgruppen in Formen des Bürgerschaftlichen Engagements muss von der Politik gewollt und aktiv gefördert werden. Dazu bedarf es in erster Linie besserer und passgenauer Informationen für und Ansprache der Zielgruppen, der Schaffung von Zugängen und des Abbaus von Zugangshindernissen.

Eine Willkommenskultur für Menschen anderer Herkunft, kultursensible Angebote und verstärkte Kooperationen mit Migrantenorganisationen sind auch Forderungen an uns selbst. Die Erkenntnis der Studie, dass die integrative oder abschottende Wirkung von Migrantenorganisationen davon abhängt, in welchem gesellschaftlichen Umfeld sie sich bewegen (S. 45) ist zu unterstreichen und verdeutlichen die Bedeutung des Vorhergesagten.

- **Instrumentalisierung**

Bürgerschaftliches Engagement als Teil professioneller Dienstleistungen in Konzepten, Gesetzen, Förderrichtlinien oder sonstigen staatlichen Regularien zu institutionalisieren, schadet dem „Eigensinn“ des Bürgerschaftlichen Engagements und verhindert dieses. Die in der Praxis zunehmende Instrumentalisierung sowie Steuerungsansprüche durch den Staat werden sichtbar.

Der Staat sollte in Bezug auf das Bürgerschaftliche Engagement in erster Linie eine ermöglichende Rolle einnehmen. Bürgerschaftliches Engagement ist durch adäquate gesetzliche Rahmenbedingungen zu fördern. Der Subsidiarität und dem Handeln freier Individuen und Initiativen ist Vorrang vor staatlichem Handeln einzuräumen. Wir erwarten, dass hier im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Verbesserungen herbeigeführt werden.

Engagementpolitik ist als Querschnittspolitik zwischen den bundespolitischen Ressorts und föderalen Ebenen auszubauen. Die dringend notwendige bundesweit konsistente Förderung von Engagement ermöglichenden Infrastrukturen darf nicht an Ressort- und Kompetenzstreitigkeiten und Fragen des Föderalismus scheitern. Hier folgen wir den Empfehlungen der Studie.

- **Finanzierung**

Die Politik muss eine angemessene Finanzierung der Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements leisten. Bürgerschaftliches Engagement ist unentgeltlich, aber nicht kostenlos. Neben individuellen und fachlichen Kompetenzen von Hauptberuflichen und Engagierten benötigen Organisationen und Netzwerke über Projekt-

förderungen und zeitlich begrenzte Programme hinaus eine verlässliche Grundförderung.

- **Bürokratie**

Zur Weiterentwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements müssen bürokratische Hürden abgebaut und Förderregelungen vereinfacht werden. Daher sind das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, das Vereinsrecht sowie das Zuwendungsrecht den Erfordernissen anzupassen.

Darüber hinaus geht es bei diesem Punkt aber auch um die ganz normalen bürokratischen Widrigkeiten des Alltages. In der Studie freundlich „Verwaltungsaufwand“ genannt. Die in ihrer Summe einen abschreckenden Effekt erzeugen. Darauf hat die Studie hingewiesen und das scheint mir – und damit komme ich zum Schluss – ein wirklich sehr gravierender Punkt zu sein. Ein WP hat mir aus seinen Prüferfahrungen im Start Up Bereich kürzlich erzählt, das diese eigentlich immer mit einem Bein im Gefängnis stehen, weil sie die Fülle der Bestimmungen, die für sie Relevanz haben schlicht nicht kennen und deswegen auch nicht beachten. Würden sie sie beachten, gäbe es aber keine Start ups.

Ähnliches gilt für den Engagementbereich. Es kann nicht sein, dass Engagement eigentlich nur möglich ist, wenn gegen Regeln verstoßen wird und die Engagierten die Risiken tragen, die sich daraus ergeben. Hier ist m.E. dringender Handlungsbedarf gegeben, wenigstens die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen.

Vielen Dank!